

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

13.7.1928 (No. 162)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Die deutsche Antwort auf den Kellogg-Vorschlag

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 23. Juni betr. den internationalen Kriegsschlichtungspakt besagt, daß die deutsche Regierung die Note und den Entwurf des Paktes mit größter Sorgfalt geprüft habe.

Deutschland hat somit die präzise Frage, ob es bereit sei, einen Vertrag zur Befestigung des Friedens zu unterzeichnen, mit einem klaren Ja beantwortet.

Die Reichsregierung hat ein Weißbuch veröffentlicht, das das gesamte Material zum Kriegsschlichtungspakt umfaßt.

Der französische Vorkämpfer hat gestern nachmittags Staatssekretär Kellogg aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß der französische Minister des Auswärtigen, Briand, voraussichtlich am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, Vorkämpfer Herrick die vorbehaltlose Zustimmung der französischen Regierung zu den in der letzten Note Kelloggs enthaltenen Erklärungen übermitteln werde.

Lohnsteuerentwurf und Reichsrat

Obwohl der Reichstag am Donnerstag die Vorlage über die Senkung der Lohnsteuer verabschiedet hat, ist noch keineswegs sicher, daß dieses Gesetz auch endgültig in Kraft treten kann.

Preußen hat Bedenken, wird jedoch, soweit das Staatsministerium mit seinen 13 Reichsratsstimmen in Frage kommt, keinen Einspruch gegen das Gesetz erheben.

Während also die Chancen für die Lohnsteuerentwurf ungünstig beurteilt werden müssen, wird in parlamentarischen Kreisen als sicher damit gerechnet, daß der Reichstag in seiner heutigen letzten Sitzung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit die Annahmeverträge verabschieden kann.

Wissel über die sozialpolitischen Aufgaben

Reichsarbeitsminister Wissel empfing am Mittwoch in Berlin die Vertreter der Presse und gab in längerer Aussprache einen Überblick über die sozialpolitischen Aufgaben der neuen Reichsregierung.

Zunächst werde der vom Reichsrat bereits verabschiedete Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes alsbald dem Reichstag vorgelegt werden. Das Arbeitszeitgesetz wird durch ein Bergarbeitergesetz ergänzt werden, das insbesondere der erhöhten Unfallgefahr unter Tage Rechnung tragen wird.

Auszeichnung des Oberstaatsanwalts Facht. Das Pariser „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung des Oberstaatsanwalts des Colmarer Autonomistenprozesses, Facht, zum Offizier der Ehrenlegion und eine gleichzeitige Ernennung zum Richter des Kassationshofes in Paris.

Letzte Nachrichten

Eröffnung der durchgehenden Murgtalbahn

WZ. Karlsruhe, 13. Juli. (Tel.) In Anwesenheit einer großen Zahl prominenter Gäste aus Baden und Württemberg wurde heute mittag mit einem feierlichen Akt die Teilstrecke Raumbüsch-Kisferreichenbach der Murgtalbahn eröffnet und dem öffentlichen Betrieb übergeben und damit das seit vielen Jahren der Ausführung harrende Projekt der durchgehenden Murgtalbahn von Rastatt bis Freudenstadt (Württemberg) verwirklicht.

Die neue Bahn, die in südöstlicher Richtung nunmehr den Schwarzwald in seinem nördlichen Teil überquert, gehört zu ihrem kleineren Teil zum Karlsruher, zum größeren Teil zum Stuttgarter Reichsbahndirektionsbezirk und erschließt eine reizende Naturgegend nunmehr dem allgemeinen Verkehr.

Noch 140 000 Liquidationsschädenfälle

WZ. Berlin, 13. Juli. (Tel.) Der Reichstagsausschuß für die Liquidations- und Verdrängungsschäden hielt heute eine Aussprache über die Beschleunigung der Abwicklung der Liquidationsschäden ab.

Ministerialdirektor Dorn legte die Schwierigkeiten dar, die das Entschädigungsamt zu bewältigen hat. Anfangs seien 150 Fälle täglich bearbeitet worden. Durch technische und organisatorische Anordnungen sei inzwischen die Arbeitsleistung auf 300 Fälle täglich, ohne Vermehrung des Personals, gesteigert worden.

In der Aussprache kam von allen Parteien der Wunsch zum Ausdruck, daß die Arbeiten möglichst beschleunigt werden möchten. Der Ausschuß beschloß, die Regierung zu bitten, alle technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zu treffen, die geeignet seien, das Verfahren zu beschleunigen.

Polnische Manöver im Wilna-Gebiet

WZ. Warschau, 13. Juli. (Tel.) Wie die Ostagentur aus Wilna meldet, sollen in allernächster Zeit im Wilnaer Land Manöver abgehalten werden, an denen sich vier Infanteriedivisionen, Kavallerie und Artillerie beteiligen werden.

Reichskabinett und Eisenbahntarifserhöhung. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag mit der Frage der Erhöhung der Tarife. Das Reichskabinett beschloß, zur weiteren Klärung der Angelegenheit die Verhandlungen mit der Reichsbahn durch die zuständigen Ministerien fortzuführen.

Die Rettungstat des „Kraffin“

Die Malmgrens- und die Siglierguppe gerettet Der russische Eisbrecher „Kraffin“ hat am Donnerstag von der gescheiterten Nobile-Expedition die Malmgrens- und dann die Siglierguppe gerettet. Morgens gelang es ihm, die beiden Mitglieder der Malmgreengruppe, Mariano und Zappi aufzunehmen.

Die Gruppe, die unter Führung des Meteorologen Malmgren, war seinerzeit von der Nobilegruppe wegmarchiert, um den Versuch zu machen, über das Eis an Land zu kommen. Man kam aber nicht vorwärts und die Lebensmittel gingen aus.

Wirtschaftliche Umschau

Auf seiner Orientierungsreise nach dem Süden unseres Landes hat sich der badische Landtag erneut mit den großen Projekten der Wasserwirtschaft vertraut gemacht, welche bedeutendste Fragen des badischen Wirtschaftslebens enthalten.

Der Präsident der Wasser- und Straßenbaudirektion, Dr. Fuchs, behandelte dann die Nutzbarmachung des Ober- und Hochrheins als Schiffahrtsstraße und Kraftquelle. Er schilderte den Rhein als das Rückgrat der badischen Wirtschaft.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkraften bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkraften mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkraften bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkraften mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkraften bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkraften mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkraften bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkraften mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkraften bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkraften mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkraften bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkraften mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden.

Der Ausbau des Rheins zwischen Basel und Konstanz wird gewaltige und relativ billige Mengen an Wasserkraften bringen. Es handelt sich um sog. Laufwasserkraften mit einer Kapazität von 1,5 Milliarden Kilowattstunden.

Mit der Beilage: 35. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

durch den Bezirksrat erteilt worden ist, handelt es sich nun um die Regelung der Finanzierung und die Gründung der Schlussegelgesellschaft, um mit dem Bau, zu dem schon seit längerem Vorarbeiten geschahen, beginnen zu können. Wie der Finanzminister im Landtag mitteilte, ist die Gründung der Gesellschaft in der ersten Septemberwoche geplant, an ihr will sich auch die Reichsbahn-Gesellschaft beteiligen.

Der Kehler Rheinhafen ist endlich, mit mehr als zweijähriger Verzögerung, wieder unter deutsche Verwaltung gekommen. Nach dem Versailler Vertrag sollte er zunächst sieben Jahre in Verwaltungsgemeinschaft mit Straßburg stehen, bis die Straßburger Hafenanlagen vollständig ausgebaut seien. Frankreich, das Sand auf die meisten Verladeplätze gelegt und Kehl zu einem französischen Stapelplatz gemacht hatte, wobei man es verstand, den Ausbau des Kehler Hafens und das Hochkommen der deutschen Konkurrenz zu verhindern, setzte, gestützt auf die dehnbaren Vertragsbestimmungen, eine weitere Verschiebung des Termins der Rückgabe durch. Nun aber hat wenigstens die einseitige Begünstigung der französischen Rheinschiffahrt aufgehört, wenn es auch mit der Befestigung, die ja — da Kehl zur dritten Zone gehört — bis 1935 hingezogen werden kann, vorerst beim alten bleibt. Nur ein kleiner Schritt zur Wiedergewinnung der Freiheit der Stadt Kehl, die besonders schwer unter der Besatzung leidet, ist damit getan. Auf seiner Informationsreise weilte bekanntlich auch der badische Landtag in der vorigen Woche in Kehl, wobei Bürgermeister Dr. Kraus Gelegenheit nahm, die wirtschaftliche Notlage der Stadt zu schildern.

Die Reichsregierung hat der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zugestimmt, nachdem Polen an seinem Standpunkt nicht mehr festhält, seine Grenzonenverordnung als rein innerpolitische Angelegenheit anzusehen. Im übrigen wird der Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrags nicht leicht werden, nicht nur, daß noch erhebliche Differenzen zwischen den Regierungen bestehen, auch von Interessentenseite machen sich bekanntlich auf beiden Seiten seit langem starke Widerstände bemerkbar. Auf deutscher Seite ist es ebenso die Landwirtschaft, namentlich die des Ostens, welche eine vermehrte Einfuhr polnischer Agrarprodukte befürchtet und bekämpft, wie der deutsch-oberösterreichische Bergbau, der sich gegen ein vergrößertes polnisches Kohleneinfuhrkontingent wendet. Hier ist übrigens kein Preiskampf zu befürchten, da der Großkohlenhandel auf beiden Seiten der Grenze in Oberschlesien in Händen gleicher Firmen liegt. Wohl aber geht es hier um die Absatzgebiete und die Beschäftigung im Kohlenbergbau. Von einer Verringerung der deutschen Kohlenförderung in Oberschlesien würden freilich vor allem die zahlreichen, aus dem polnischen Gebiet stammenden, auf deutscher Seite beschäftigten Arbeitskräfte betroffen. Bei den immer noch recht engen Zusammenhängen des beiderseitigen der Grenze arbeitenden Kapitals scheint der Weg der Verständigung das Gegebene. Schwieriger als die Kohlenfrage scheint jedoch die Frage der Einfuhr von Erzeugnissen der Eisenindustrie, zumal es anscheinend noch ein weiter Weg ist zu einer Einigung zwischen Polen und der internationalen Kohlenbergbau-Gemeinschaft.

Bei der Frage der Einfuhr von Agrarprodukten aus Polen spielen natürlich auch politische Gesichtspunkte eine große Rolle. Auch in Polen, denn dort haben die agrarischen Kreise unbestritten die wirtschaftliche Führung, zumal die Industrie zum großen Teil in Händen ausländischer Kapitalisten ist. Bekannt ist das Vordringen der Franzosen in Polnisch-Oberschlesien, sie beherrschen auch das Kohlenbecken von Dombrowa und die galizische Erdölproduktion, während auf die beiden anderen großen Industrien des Landes, auf die Lodzer Textilindustrie die Italiener und auf die Zuderindustrie die Engländer maßgebenden Einfluß ausüben. Polen, das in der Hauptfrage Agrarland ist, und neuerdings den Schutz und die Förderung seiner Landwirtschaft mit den modernsten Mitteln in die Hand genommen hat, wird also bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen gerade auf die Agrarfrage das Hauptgewicht legen.

Das Reichsschulgesetz wieder eingebracht. Die Deutsche Volkspartei hat den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Art. 146 Abs. 2 und 149 der Reichsverfassung, d. h. das Schulgesetz als Initiativantrag dem Reichstag eingebracht. Der Entwurf stütze sich auf den Keubellischen Gesetzesentwurf. Er bringt aber jene Änderungen, die in der ersten Lesung des Gesetzes im alten Reichstag mit Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei angenommen waren.

Odenburg-Januschau gegen Herbert Eulenberg. Der frühere konservative Reichstagsabgeordnete Odenburg-Januschau hat den Dichter Herbert Eulenberg wegen Beleidigung verklagt, weil Eulenberg in seinem Buch „Die Hohenzollern“ es als Rippe bezeichnet habe, daß Odenburg seinerzeit dem Kaiser den Rat erteilte, mit einem Leutnant und 10 Mann den Reichstag zur Raifon zu bringen.

Gedenkt der durstenden Tiere! Gartenbesitzer, stellt den Vögeln im Garten an schattiger Stelle eine Schale mit Wasser auf, das so oft als möglich erneuert wird. Singvogelbesitzer, hängt eure Käfige mit den kleinen Sängern nicht in die Sonnhitze; sie leiden sehr darunter. Hundebesitzer, vergeht das Trinkwasser insbesondere für die Stettenhunde nicht. Nicht alle Hunde gehen gerne ins Wasser, zwingt sie nicht, und übermüdet die gerne badenden Hunde nicht durch fortwährendes Hineinwerfen von Gegenständen denen sie nachzusehen sollen. Fuhrleute, laßt eure Pferde nicht in der Sonnenglut stehen und führt einen Eimer mit, daß ihr die Pferde tränken könnt, so oft es nottut. Kaum jemand wird die Bitte um Wasser abschlagen. Gedenkt aller kleinen Haustiere, Katzen, Kaninchen, Geflügel, sie alle brauchen ihr Schälchen mit Wasser, wie die großen Lebewesen.

## Deutscher Reichstag

12. Juli.

### Zur zweiten Beratung der Lohnsteuerentwurf

empfehlte der Steuerauschuß, wie gemeldet, an Stelle der kommunistischen Anträge den von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eingebrachten Entwurf, der eine Senkung um 2 Proz. oder 3 M monatlich vorsieht, von Einkommensteuerpflichtigen mit einem Einkommen bis 15 000 Reichsmark. Außerdem soll eine Ermäßigung dadurch erfolgen, daß das zu versteuernde Monatseinkommen auf volle 5 M nach unten abgerundet wird.

In einer Entschließung ersucht der Ausschuß die Regierung angesichts des hohen Steuerdrucks, in den Sommermonaten die Frage einer Senkung der Einkommensteuer in den unteren und mittleren Stufen zu prüfen und dabei die von den Parteien gestellten Anträge sowie die Notwendigkeit der Senkung der Realsteuern zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) wendet sich gegen den Antrag. Abg. Dr. Rabemacher (Dntl.): Wenn der jetzige Regierungsentwurf wirklich angenommen wird, dann werde die Annahme gegen zwei Regierungsparteien erfolgen. Die durch den Entwurf gewährte Entlastung sei für den einzelnen Steuerzahler lächerlich gering. Der weitaus größte Teil der deutschnationalen Fraktion werde dem Entwurf nicht zustimmen.

Abg. Dr. Forstner (Bayer. Vpt.) bekämpft die Vorlage. Die Reichsregierung hätte sich vorher mit den Ländern verständigen sollen.

Abg. Dr. Fetz (Soz.) erklärt, der Sozialdemokratie genüge die mit dem Entwurf erzielte Lohnsteuerentlastung auch nicht, sie halte die Annahme der Vorlage aber für notwendig, weil dadurch der Anspruch auf Lohnsteuerentlastung ein halbes Jahr früher erfüllt wird als nach der geltenden revidierten Ley-Brüning.

Inzwischen ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei eingegangen, die Erhebung der Vorlage bis zum Herbst, bis zur Vornahme der allgemeinen Steuerentlastung zu vertagen.

Abg. Dr. Drewnik (Wirtschft.) wendet sich gegen die Vorlage, weil er davon eine ungenügende Entlastung der Steuerpflichtigen, aber eine Erhöhung der Realsteuern durch Länder und Gemeinden befürchtet.

Abg. Dr. Brünning (Str.) erklärt, seine Freunde wären entsetzte Gegner einer Erhöhung der Realsteuern. Der vorliegende Entwurf könne um so weniger zur Begründung einer Erhöhung der Realsteuern benutzt werden, als er nur die Lohnsteuerentlastung vorwegnehmen wolle, die im nächsten Januar doch nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen eintreten müßte. Das Zentrum würde der Vorlage zustimmen. Eine einheitliche Steuerreform im Reich, in Ländern und Gemeinden müsse möglichst bald erfolgen und sich auch auf die Realsteuern erstrecken. Das sei die Aufgabe des Steuervereinheitlichungsgesetzes.

Abg. Dr. Beder-Hefen (D. Vpt.) begründet dann den Antrag auf Vertagung bis zum Herbst.

Abg. Dr. Fischer (Dem.). Das Regierungsprogramm enthalte die Zusage, daß durch das Steuervereinheitlichungsgesetz auch eine Senkung der Steuern in Ländern und Gemeinden erreicht werden solle. Die Länder und Gemeinden könnten aus der Annahme des Entwurfs unmöglich die Erhöhung ihrer Steuern und Gebühren herleiten, denn sie hätten mit der Ley-Brüning rechnen müssen.

Der Antrag, die Erhebung der Vorlage bis zum Herbst zu vertagen, wird abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf stärkere Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird in namentlicher Abstimmung mit 343 gegen 59 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Im Hammersprung wird § 1 des vom Ausschuß angenommenen Steuerentwurfes mit 203 gegen 187 Stimmen angenommen.

Dafür haben neben den Sozialdemokraten, Demokraten, dem Zentrum und den Nationalsozialisten auch einige Abgeordnete der Deutschen Volkspartei gestimmt. Auch die übrigen Bestimmungen des Entwurfs werden in zweiter Beratung angenommen.

In der dann folgenden dritten Beratung wird ein Antrag der Wirtschaftspartei, den Entwurf an den Steuerauschuß zurückverweisen und das Mehraufkommen aus der Lohnsteuer zur Senkung der Realsteuern zu verwenden, gegen die Rechte abgelehnt.

Die Schlußabstimmung ist namentlich. Sie ergab die Annahme des Entwurfs in dritter Lesung mit 210 gegen 188 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen.

Die Ausschlußentscheidung für allgemeine Steuerentlastung im Herbst wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der deutsch-siamische Handelsvertrag wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Um 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen das Amnestiegesetz und kleinere Vorlagen.

### Das Bozener „Sieges“-Denkmal

wurde am Donnerstag von den Italienern mit großem Pomp in Anwesenheit des Königs eingeweiht. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Turati, betonte in der Festrede den Grundgedanken der Unantastbarkeit, der „heiligen Grenzen des freien Landes“.

Auf dem Berg Isel bei Innsbruck fand gleichfalls am Donnerstag vor dem Kaiserjägergrab und dem Denkmal Andreas Hofers eine würdige Gedenkfeier statt. In Ansprachen wurde den Italienern das Recht, „Siege“ zu feiern, abgesprochen und den Deutschen Südtirols unentwegte Treue geschworen. Auf der Innsbrucker Nordseite lohten bei Einbruch der Dunkelheit hunderte von Bergfeuern.

Die geheizte Straßenbahn. Weitere Triebwagen der städtischen Straßenbahn in Mannheim sollen mit Heizungseinrichtungen versehen werden, wofür der Stadtrat den Betrag von 35 000 M ausgeworfen hat. Außerdem soll eine zweigleisige Straßenbahnlinie vom Bahnhof Waldhof nach der Gartenstadt gebaut werden, was 300 000 M kosten wird.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei Ostwinden und nahezu wolkenlosem Himmel steigerte die Hitze noch weiter. Mit dem in der Rheinebene erreichten Temperaturmaximum von 32,3 Grad Celsius ist der am 3. Juli erreichte Wert nahezu um ein Grad überschritten worden. In den Hitzeperioden 1923, 1921 und 1911 wurden aber offenbar mitunter beträchtlich höhere Hitzegrade erreicht. Mit der Hitze ist es bereits zur Ausbildung einer quer durch Frankreich bis nach Ostdeutschland ziehenden flachen Druckrinne gekommen, die Gewitter in Aussicht stellt. Ein Wetterumschlag wird damit aber nicht verbunden sein, da dadurch der in Südosten lagernde und von Westen nachrückende hohe Druck die Vorherrschaft behalten wird. — Wetterausichten für Samstag: Hitze noch andauernd, nur vorübergehende Unterbrechung der heißen Witterung durch Gewitterbildungen.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

Im weiteren Verlauf der Donnerstag Vormittagssitzung berichtet nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Gabels (Soz.), D. Mayer-Karlruhe (Dntl.) und Maier-Seidelberg (Soz.) Abg. Seubert (Str.) über die

#### Ausschußanträge zum Finanzgesetz.

Er stellt namens des Haushaltsausschusses folgende

#### Anträge:

I. dem Antrag der Abg. Dr. Baumgärtner u. Gen. zum Entwurf des Finanzgesetzes zustimmen;

II. folgende Entschließung annehmen:

„Die Regierung wird ersucht, alsbald und zwar tunlichst mit Wirkung vom 1. April 1929 an eine Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes in folgender Hinsicht in Aussicht zu nehmen:

1. Von den freien Berufen sollen der Gewerbesteuer künftig insbesondere unterworfen werden die Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, staatlich geprüften Dentisten, Architekten, Ingenieuren und Geometer.

2. Da die Einkünfte der im freien Beruf tätigen Personen, der den freien Berufen nahestehenden Gewerbetreibenden sowie der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden überhaupt in weitem Umfang Arbeitsertrag sind, ist zu prüfen, wie dieser Tatsache durch Gewährung eines weitergehenden Freiteils für den Arbeitsertrag etwa in Anlehnung an die Regelung im württembergischen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz vom 29. Dezember 1928 Rechnung getragen werden kann, als dies in § 50 a Ziffer 1 b des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vorgesehen ist.

3. Bei Gesellschaftsunternehmungen, namentlich bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die nur wenigen Gesellschaftern gehören (insbesondere Familiengesellschaften mit beschränkter Haftung), hat es die Gesellschaft mehr oder weniger in der Hand, den gewerblichen Gewinn als solchen dadurch sehr niedrig zu halten, daß sie hohe Gehälter, Tantiemen und dergleichen an die Gesellschaftler-Geschäftsführer zahlt. Bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften sind die gleichen Umgehungen möglich. Um eine Schmälerung der Gewerbesteuer und eine Umgehung des Gesetzes zu vermeiden, sollen diese Gehälter, Tantiemen usw., die bei der Körperschaftsteuer zur Errechnung der Reineinkünfte abgezogen werden, zur Errechnung des Gewerbesteuerertrags wieder hinzugerechnet und es soll zu diesem Zweck eine Vorschrift borgegeben werden, wie sie der § 11 des Entwurfs des Steuervereinfachungsgesetzes (Anlage 2 zum Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes — Reichsdrucksache Nr. 104 vom 15. Juli 1927) enthält.

4. Die Besteuerung des jeweiligen tatsächlichen Gewerbesteuerertrags ist bei den Konjunkturschwankungen für Steuerpflichtige und Steuerläufige hinsichtlich der Steuerbelastung und des Steueraufkommens in gleicher Weise unerwünscht. Um dies zu vermeiden, ist der Gewerbesteuertrag künftig nach dem Durchschnitt der Ertragsergebnisse von drei Jahren zu besteuern. Bei Feststellung des dreijährigen Durchschnittsertrags sind Verlustjahre mit Null einzurechnen.

Gleichzeitig wird die Regierung ersucht, für die Beratung des dem Reichstag vorliegenden Entwurfs eines Steuervereinfachungsgesetzes (Reichsdrucksache Nr. 104) den Reichsratsvollmächtigten im Sinne der Anträge Ziffer 1 bis 4 Befugnis für eine entsprechende Fassung der Bestimmungen der Entwürfe des Grundsteuer- und Gewerbesteuerreformgesetzes zu erteilen, soweit in diesen Entwürfen Vorschriften der erwähnten Art nicht ohnehin schon vorgesehen sind.“

III. im Vorschlag des Finanzministeriums folgende Änderungen vornehmen:

Seite 2. Ausgabe Titel II § 4 ist statt 11 720 800 M zu setzen 8 870 800 M.

Seite 25. Einnahme Titel I § 7 ist statt 33 700 000 M zu setzen 30 850 000 M.

Seite 26. In der Erläuterungsspalte lautet die Fassung nach „erhöhen werden“: vom Grundvermögen 06,1, vom Hundert = rund 2 050 000 M, vom Betriebsvermögen 13,2 vom Hundert = rund 4 600 000 M, vom Gewerbeertrag 29,7 vom Hundert = rund 7 200 000 M, zusammen 34 850 000 Reichsmark.

Hierzu geben ab für zu erlassende und niederzuschlagende Steuerbeträge 4 000 000 M, es verbleibt somit ein Reinertrag von 30 850 000 M.

Seite 26. Einnahme Titel I § 8 in der Erläuterungsspalte nach „für den Wohnungsbau“ ist statt 11 720 800 M zu setzen 8 870 800 M.

IV. den Antrag der Abg. Ledwiler und Gen. durch die Beschlußfassung zum Vorschlag des Finanzministeriums für erledigt erklären.

Darauf wird in

### Die Einzelberatung des Haushalts des Finanzministeriums

eingetreten.

Abg. Amann (Str.) wendet sich gegen ein zu scharfes Vorgehen beim Abbau im Bereiche der Oberpostdirektion Konstanz.

Abg. Marsloff (Soz.) wünscht Wiedereinführung des Spätauges auf der Südbahn.

Finanzminister Dr. Schmitt teilt mit, daß die Regierung Schritte zur Erhaltung der Oberpostdirektion Konstanz unternommen habe, die von Erfolg begleitet sein dürften. Die Reichspost sei jetzt daran, den Verkehr mit dem flachen Land zu verbessern. Der Minister wird mit der Reichspost im gewöhnlichen Sinne vorstellig werden, ebenso bei der Reichsbahn wegen des Spätauges auf der Südbahn.

Der Titel Ministerium wird gegen 2 kommunistische Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen genehmigt, desgleichen der Titel Steuerverwaltung nach kurzen Ausführungen des Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.).

Beim Titel

#### Domänen und Forsten

vertritt Abg. Duffner (Str.) die Interessen der badischen Holzwirtschaft. Er kritisiert die für den deutschen Südboden nachteilige Tarifpolitik der Reichsbahn und bittet die Regierung, daß sie auch in dieser Richtung nachdrücklich für die Bedürfnisse unseres Grenzlandes ihre Stimme erhebt. Erwägenswert findet er den Gedanken einer Anlage- und Verladehalle am Rhein bei Breisach.

Abg. Maier-Seidelberg (Soz.) spricht sich dagegen aus, daß die Waldwirtschaft etwa in Form einer Aktiengesellschaft aufgegriffen wird.

Abg. Frau Richter (Dntl.) ein Wort ein zugunsten der Altersversorgung der Seidelberger Schloßführer und -führerinnen.

Abg. Dr. Obkircher (D. Vpt.) beschäftigt sich mit forstwirtschaftlichen Fragen, wobei er das Verhalten des Landesforstmeisters gegenüber der Beamenschaft kritisiert. Es müßte darin unbedingt eine Wandlung eintreten. Die Verdienste der früheren Forstverwaltung dürfe man nicht vergessen. Den Beamten müsse eine größere Bewegungsfreiheit gestattet sein. Die hervorragende Tüchtigkeit des Landesforstmeisters solle keineswegs verkannt werden. Es gehe aber nicht an, daß

Ministerialrat verfügt wird. Man möge zur Kollegialen Entscheidung übergehen.

#### Finanzminister Dr. Schmitt

führt aus: Der Abg. Duffner hat gewünscht, daß wir vor Erlass von Vorschriften die Holzindustrie hören. Hier befinden wir uns in einer schwierigen Lage. Auch wir sind im übrigen der Meinung, möglichst viel Kreise zu hören; die Entscheidung liegt ja doch bei der Regierung (Zuruf des Abg. Maier (Soz.): Man muß bei den Interessenten aber vorsichtig sein.) Der Minister unterstreicht im Hinblick auf die Frage einer Wald-V.-G., daß Volkswirtschaft immer unter der Kontrolle des Volkes und des Landtages bleiben soll. (Lebhafte Zustimmung.) Das Verfahren über den Holzschlag, so fährt er fort, ist durch die dienstlichen Vorschriften festgelegt. Da gebe es für ihn keine Diskussion. Die dienstlichen Vorschriften seien bindend, ließen aber einen Spielraum, der für die örtlichen Verhältnisse angewendet werden könne. In gewissen Zeitläuften einen grundlegenden Wechsel hinsichtlich des Verfahrens eintreten zu lassen, wäre unklar. Der Minister kann nicht zugeben, daß hier von einer Zwangsmaßnahme gesprochen wird. Die Kenntnisse und Fähigkeiten des Landesforstmeisters würden allseits anerkannt. Er habe sich jederzeit für die freie wissenschaftliche Forschung eingesetzt, und seine Verdienste um die badische Forstwirtschaft seien unbestritten. Auf der anderen Seite sei er schwer angegriffen worden, von den anonymen Briefen nicht zu reden. Der Minister ist der Auffassung, daß bei einem gewissen Teil der Forstbeamten ein gewisser Ehrgeiz von der studentischen Zeit her zu stark ausgeprägt ist.

Abg. Marxhoff (Soz.) übt Kritik an der Kreispolitik der Bezirksdomänenverwaltung Freiburg bei Abgabe von Gelände an die Stadtverwaltung. Von der Bezirksdomänenverwaltung Emmentingen werde ähnliches berichtet. Der Redner regt die Zusammenlegung der Forst- und Domänenämter im Lande draußen an.

Ministerialrat Ulrich gibt Aufschluß über die Verhandlungen mit der Stadt Freiburg.

#### Finanzminister Dr. Schmitt

erklärt in bezug auf die vom Abg. Marxhoff angeführte Aufwertungsfrage für das Gelände in Günterstal, daß zwischen dem Angebot der Stadt Freiburg und der Forderung des Staates ein großer Unterschied bestehe. Er, der Minister, sei zur Verständigung bereit, wenn nötig, auf dem Wege des Schiedsgerichts.

Abg. Dr. Schuster (Ztr.) pflichtet dem Minister bei und hofft, daß die Angelegenheit bald zum Abschluß kommt. Er stellt sich hinter die Person des Landesforstmeisters, dessen Autorität weit über Baden's Grenzen hinaus anerkannt sei. Auch müsse ihm sein soziales Empfinden gegenüber den Waldarbeitern hoch angerechnet werden.

Die Abgeordneten Dr. Schmitt (Ztr.) und Brigner (D. Vpt.) bitten die Regierung, ihr Augenmerk nach wie vor dem Schweginger Schloßgarten zuzuwenden. Sie knüpfen daran den Dank für die mit der Gut dieses Meinodes betrauten Stellen.

Ministerialrat Ulrich weist darauf hin, daß der Staat für die Instandsetzung des Schweginger Schloßgartens und seiner Baulichkeiten über eine halbe Million aufgewendet habe. Der Schloßgarten werde stets Gegenstand ernster Aufmerksamkeit sein.

Abg. Hermann (Wirtsch.) bringt Wünsche aus Pforzheim zur Sprache.

Es sind noch drei Redner zu diesem Titel vorgemerkt. Der Präsident schlägt deshalb nach 1 Uhr die Vertagung vor.

#### Nächste Sitzung nachm. 1/4 Uhr.

#### 13. Karlsruhe, 12. Juli.

Am Nachmittag nimmt die Einzelberatung beim Titel Domänen und Forsten

#### ihren Fortgang.

Ministerialrat Ulrich äußert sich über die Verpachtung des Hofgutes bei Pforzheim.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) anerkennt die Tätigkeit der Domänenverwaltung und begrüßt insbesondere die nachhaltige Förderung der Grünlandwirtschaft.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) stellt fest, daß ihn ein Besuch des Schweginger Schloßgartens davon überzeugte, wie sehr sich die Verhältnisse gegen früher gebessert haben. Der Redner wünscht eine Autozufahrtsmöglichkeit nach dem Weißen Stein bei Heidelberg und setzt sich für eine größere Unterstützung der Heidelberger Schloßfestspiele durch die Regierung ein.

Finanzminister Dr. Schmitt gibt zu, daß Württemberg in bezug auf die Reineinnahmen aus dem Holzschlag günstiger dazustehen, wie Baden. Ob hierin eine Änderung eintreten kann, vermag er angeichts der verschiedenartig gelagerten Verhältnisse nicht zu sagen.

Nach kurzen Bemerkungen des Ministerialrats Ulrich wird zur

#### Absimmung

geschritten.

Eine Reihe von Paragraphen passieren ohne Debatte.

Abg. Keller (Dnt.) befürwortet namens des Verbandes der badischen Gartenbaubetriebe die Errichtung einer Gärtnerfachschule im Anschluß an den Schweginger Schloßgarten.

Abg. Ockler (D. Vpt.) stellt fest, daß er keine Kenntnis von dem angezogenen Erlaß des Landesforstmeisters durch keinen staatlichen Forstbeamten erhalten habe. Die Schrift des Landesforstmeisters könne nicht verteidigt werden; sie müßte zu Unzutraglichkeiten führen. Darum sei ihre Zurückziehung zu begrüßen. Daß die Kritik einen politischen Hintergrund habe, wie Abg. Dr. Schuster andeutete, müsse er, der Redner, entschieden zurückweisen.

Abg. Casler (Ztr.) meint, es müsse weitgegangen sein mit dem passiven Widerstand der Beamten, daß der Landesforstmeister zu der ungewöhnlichen Art einer Geländeserforschung greifen mußte. (Zuruf des Abg. Ockler.) Sicher sei die eine oder andere Wendung zu beanstanden.

Die Ausgabenpositionen werden darauf genehmigt.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) beantragt Erhöhung der Einnahmeposition „Holz“ von 16 816 000 M auf 17 816 000 M.

Finanzminister Dr. Schmitt bittet im Hinblick auf die sinkenden Holzpreise den Antrag abzulehnen.

Abg. Klauer (Wirtsch.) bestätigt die absteigende Tendenz der Holzpreise. Der Antrag wird abgelehnt. Das Haus genehmigt sodann auch die Einnahmepositionen.

#### Beim Titel

#### Safenverwaltung

weist Abg. Dr. Walder (D. Vpt.) auf Klagen über zu straffe Handhabung der Mannheimer Safenpolizei hin.

Ministerialrat Seeger erwidert, daß die Beschwerden unbegründet seien.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) fragt, wie es mit den Verhandlungen betr. der Überleitung der Safenverwaltungen in Mannheim, Rheinau und Kehl stehe.

Ministerialrat Seeger erklärt, daß aus der Verzögerung der Verhandlungen Baden bisher ein finanzieller Nachteil nicht erwachsen sei. In den Reichsverkehrsminister sei ein gemeinsames Schreiben von Baden, Bayern und Sachsen gerichtet worden, mit der Bitte, auf die Hauptverwaltung der

Reichsbahn dahin einzuwirken, daß bisher nicht befriedigende Wünsche erfüllt werden.

Der Titel Safenverwaltung wird genehmigt.

Ohne Debatte passieren die Titel

#### Salinen, Bergbau und Münzwesen,

sowie geologische Landesanstalt.

Längere Auseinandersetzungen knüpfen sich an den Titel

#### Wasser- und Straßenbau.

Abg. Weishaupt (Ztr.) erinnert an die Abnützung der Straßen in der Bodenseeregion durch den Kraftwagenverkehr. Die Änderung des Straßengesetzes im Sinne einer Entlastung der Gemeinden sei dringend notwendig. Unhaltbar seien die Zustände auf der Straße Meersburg-Gagnau. Fast kein Tag vergehe ohne Unfall.

Abg. Dertle (Dnt.) stellt fest, daß die Landstraßen immer mehr zu einem Verkehrsmittel der Allgemeinheit würden. Es sei darum berechtigt, zu verlangen, daß sie auch die Unterhaltungsarbeiten trägt. Auf seiner Seite würden alle Anträge unterstützt, die eine Erleichterung der Gemeinden brächten. Das badische Hinterland werde hinsichtlich der Straßenunterhaltung recht tiefmützlich behandelt.

Präsident Dr. Baumgartner teilt dem staunenden Hause mit, daß zum gleichen Gegenstand noch neun Redner gemeldet seien. Er bittet, daran zu denken, daß man bis Samstag unbedingt mit den Landtagsarbeiten fertig werden wolle.

Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) begründet den Antrag seiner Partei, auf Vorlegung einer Novelle zum Straßengesetz, wonach der Beitrag der Gemeinden zu den Kosten der Landstraßen für das laufende Meter nicht höher bemessen wird, als der Aufwand für das laufende Meter Gemeindegeweg. Auch das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer sollte zur Straßenunterhaltung Verwendung finden.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) kommt auf seinen Antrag zurück, die durch die Umleitung des Landstraßenverkehrs auf die Kreis- und Gemeindestraßen entstehenden Mehrkosten auf die Staatskasse zu übernehmen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) begründet einen von allen Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, unterzeichneten Antrag, das Gesetz der Gemeinde St. Ilgen (bei Heidelberg) um finanzielle Unterstützung bei Durchführung der Kanalisation der Regierung empfehlend zu überweisen. Der Redner freut sich, daß es möglich wurde, die Pfastersteinarbeiter für einen längeren Zeitraum zu beschäftigen.

Abg. Duffner (Ztr.) trägt ebenfalls Straßenswünsche vor. Finanzminister Dr. Schmitt sagt zu, im Laufe der Budgetperiode 1928/29 eine Vorlage auf Änderung des Straßengesetzes zu machen. Danach sollen die Straßenswünsche nicht höher sein als die Kosten für einen Gemeindegeweg. Es würde zu erwägen sein, ob die Kreisgrenzen fallen sollen. Das Ziel müsse sein, die Kreiswege in dem Landstraßenverband aufzunehmen. Ein Hemmnis bestehe aber in den Finanzen. Der Pfasterung von 48 Kilometer haben wir zugestimmt. Eine Verpflichtung des Staates zur Erhebung der Mehrkosten bei Straßenperren vermag der Minister nicht anzuerkennen. Hier komme das Gebot der Gegenseitigkeit in Frage.

Die Beschaffenheit unserer Straßen, so betont der Minister, sei heute derart, daß sie sich sehen lassen könne. Sie seien nicht besser und nicht schlechter als in anderen Ländern. Abg. Günther (D. Vpt.) meint, an dem bisherigen Verteilungsmahstab sollte nichts geändert werden. Die Forderung, Gemeinden und Kreise an der Kraftfahrzeugsteuer zu beteiligen, sei berechtigt. Den Gedankengängen der Denkschrift über den Straßenbau könne man folgen.

Abg. Amann (Ztr.) bittet um Wiederherstellung der Konstanzer Rheinbrücke und dankt für die Unterstützung der Verhandlungen des Rheinschiffahrtsverbandes.

Abg. Schweitzer (Soz.) betont, daß die Straßenkosten oft Schuld an der hohen Gemeindegeldumlage seien.

Abg. Bauer (D. Vpt.) bittet um schleunigen Ausbau des Höhenweges im Bereich des nördlichen Schwarzwaldes. Diese Straße sei dem Autoverkehr nicht mehr gewachsen, zum Nachteil der schwer ringenden Hotelindustrie.

Abg. Arnold (Soz.) geht auf straßenbautechnische Einzelheiten ein.

Abg. Reckler (Komm.) spricht zugunsten der Gemeinde St. Ilgen.

Abg. Grothaus (Soz.) hält die Konstanzer Rheinbrückenfrage als sehr dringend. Der Verkehr habe sich in gefährlicher Weise gebessert.

Abg. Ock (Ztr.) führt bewegliche Klage über den schlechten Zustand der Straßen im Hinterland.

Abg. Hermann (Komm.) stimmt dem Antrag betr. die Kraftfahrzeugsteuer, zu und macht Ausführungen zur Beschäftigung der Pfastersteinindustrie.

Ministerialdirektor Dr. Fuchs erklärt: Es wurde gesagt, es geschehe im Oberlande und Hinterlande zu wenig, im Mittellande zu viel. Ich kann die Berechtigung dieser Annahme nicht zugeben. In diesem Jahr sind für Unterhalt der Straßen im Hinterland und Oberland für den Kilometer durchschnittlich 2200 M. im Mittelland 2800 M. aufgewendet worden. Der Unterschied in der Inanspruchnahme der Straßen liegt auf der Hand. Infolge der Finanzlage werden leider verschiedene der geäußerten Wünsche nicht erfüllt werden können. Dazu gehört die Verbesserung der Straße Meersburg-Gagnau, wozu bereits baureife Pläne vorliegen, ferner die Verbesserung der Konstanzer Rheinbrücke, für die ebenfalls die ersten Pläne fertig sind. Auch die Verlegung der Straße bei Wolmatingen wird noch lange auf sich warten lassen. Teuerungen wurden in diesem Jahre dreimal so viel wie Reumahlungen vorgenommen. Das Rücksicht soll nach und nach beseitigt werden. Die Gemeinde St. Ilgen wird einen 50prozentigen Beitrag erhalten, ebenso die Gemeinde Linz zu den Kosten der Wasserleitung. Es ist dies aber eine Ausnahme angesichts der außergewöhnlichen Notlage dieser beiden Gemeinden.

Damit ist die Aussprache über den Straßenbau beendet. Weiterberatung Freitag 1/2 Uhr.

Schluß nach 7 Uhr.

#### Eine wichtige Änderung in der Geschäftsordnung

Der Geschäftsordnungsausschuß des Badischen Landtags hat folgenden Antrag beschlossen: „Spätestens drei Tage vor der Plenarsitzung des Landtags, auf deren Tagesordnung der Gegenstand gesetzt wird, ist der Antrag und, falls der Ausschuß gemäß § 27 einen schriftlichen Bericht beschloffen hat, dieser Bericht zur Einsicht der Abgeordneten auf der Kanzlei niederzulegen. In der Sitzung wird nur der Gegenstand und der Ausschußantrag verlesen, Berichterstattung und Besprechung findet nur auf Verlangen von mindestens 15 Abgeordneten statt.“

Wohnungsbau in Schwellingen. In der Bürgerausschussung wurde die Errichtung eines neuen städtischen Gruppenwohnhauses auf gemeindeeigenem Boden beschlossen. Das Haus soll 14 Zweizimmerwohnungen mit je einem Dachzimmer enthalten, und erfordert einen Kostenaufwand von 115 000 Reichsmark, wozu die Landesversicherungsanstalt Baden 80 000 Reichsmark als Darlehen zuschießen will.

#### Das 40-jährige Priesterjubiläum des Erzbischofs

Nachdem am letzten Sonntag in Zell i. B. die kirchliche Feier des 40-jährigen Priesterjubiläums des Erzbischofs Dr. Carl Frey begangen worden war, fand nun auch in der kirchlichen Metropole Freiburg am Mittwoch vormittag eine Gratulation der Vertreter der staatlichen und kirchlichen Behörden statt.

Landeskommissar Schwörer überbrachte die Glückwünsche der badischen Staatsregierung und des Staatspräsidenten in einer wundervollen Blumenpräsentation. Ebenfalls mit einer Blumenpräsentation überbrachte Oberbürgermeister Dr. Bender die Glückwünsche der Stadt Freiburg. Dr. Serber sprach die Glückwünsche der katholischen Vereine der Stadt aus.

Um 11.30 Uhr versammelte sich dann das Erzbischöfliche Domkapitel und die Beamten des erzbischöflichen Ordinariats und des erzbischöflichen Bauamtes, 15 Vertreter der Diözese und des Gesamtklerus der Erzdiözese, die Stadtgeistlichkeit Freiburgs, sowie Vertreter der Ordensgesellschaften im erzbischöflichen Palais zur feierlichen Gratulation.

Zunächst ergriß Weibichhof Dr. Burger das Wort, der die priesterliche Laufbahn des Erzbischofs schilderte und mit den besten Segenswünschen schloß. Als weiterer Redner nahm Generalvikar Dr. Sekter das Wort, der vor allem die Sorge des Erzbischofs um den priesterlichen Nachwuchs rühmte und darauf hin deutete, daß der Erzbischof gerade in den letzten Tagen den Um- und Erweiterungsbaues des theologischen Konvikts in Angriff genommen hat. Als Zeichen der Freude über dieses nun begonnene Werk und ihrer herzlichen Anteilnahme am 40-jährigen Priesterjubiläum ihres Erzbischofs, stellte die Geistlichkeit der ganzen Erzdiözese ihm einen Betrag von rd. 27 000 M. für die innere Ausstattung des theologischen Konvikts zur Verfügung.

Erzbischof Dr. Carl Frey dankte dem ganzen Klerus für die ihm hoch erfreuende Gabe. Sein 40-jähriges Priesterjubiläum habe ihm zum Bewußtsein gebracht, daß alles Irdische eischwindet, daß das Alte vergeht und manch Neues, Ungeahntes komme, in das man sich immer wieder neu einleben müsse. Er werde in enger Zusammenarbeit mit seinen Geistlichen auch die neue schwere Aufgabe der neuen Zeit meistern können.

Im Anschluß daran empfing der Erzbischof noch die theologische Fakultät der Universität, die ihm ebenfalls ihre Glückwünsche zum Ausdruck brachte.

#### Die Bodenseeregulierung

W.D. Frauenfeld (Kanton Thurgau), 12. Juli. Wie der „Thurgauer Zeitung“ gemeldet wird, ist in der Frage der Bodenseeregulierung über die Einwendungen und Vorbehalte des Kantons Schaffhausen gegen das Projekt nun dem Vernehmen nach eine vollständige Einigung in allen Punkten erzielt worden. Damit könnte die Angelegenheit auf internationalem Boden weiterverfolgt werden. Das Regulierungswerk, das einen finanziellen Aufwand von im ganzen 15,5 Millionen Franken erfordert, kann nur mit Beteiligung aller Uferstaaten durchgeführt werden; der nächste Schritt sei nun, sich darüber zu verständigen. Der Bundesrat beabsichtige hierfür eine besondere Delegation zu bezeichnen, welche die Verhandlungen aufnehmen hat.

#### Aus der Landeshauptstadt

60. Geburtstag. Großkaufmann Julius Keller, der Leiter eines der größten Unternehmen der Stahlbranche in Süddeutschland, feierte gestern seinen 60. Geburtstag.

Todesfall. Gestern vormittag verschied an einem Schlaganfall Polizeioberinspektor Karl Thruwath, einer der ältesten Führer im Karlsruher Polizeiregiment. Der Verstorbene, der im Jahre 1864 in Leutesheim geboren war, war von 1888 mit Ausnahme einer zweijährigen Tätigkeit in Heidelberg bis zu seinem Tode im Karlsruher Polizeiregiment tätig.

Polizeisportverein Karlsruhe. Samstag nachm. 4 1/2—7 Uhr veranstaltet der Polizeisportverein auf seinem Sportplatz sportliche Wettkämpfe, verbunden mit sportlichen Vorführungen unter Mitwirkung der Polizeikapelle. Aus dem reichhaltigen Programm seien nur genannt, Massenfreübungen mit Musik, Gitterleiter, Tauziehen, Springen über lebende Pferde usw. Das Sportfest wird einen Einblick geben in die sportliche Tätigkeit der modernen Polizei. Der Besuch dürfte gleich lohnend sein für den Sportmann und Sportfreund wie für den Laien. Um jedem Einzelnen der hiesigen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben die Veranstaltung zu besuchen, wird unentgeltlicher Eintritt gewährt. Eingang nur durch die ehem. Artilleriekaserne (Moltkestr. 20) Straßbahnlinie 5, Haltestelle Stöcherstraße.

#### Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Mannheim, 13. Juli. Zu der Meldung in der „Angelegenheit Kuffe“, weiß das „Mannh. Tagbl.“ zu berichten, daß Kuffe, der in Sandhofen wohnte, die Erpamisse seiner Braut nicht abgehoben und also auch nicht verban habe. Seine letzte Karte sei vom 22. Juni datiert, also vor dem Tage, an dem man ihn zuletzt unweit des Hundortes seiner Leiche gesehen hatte. In der Karte hatte er sein Eintreffen in Sandhofen für den folgenden Tag angekündigt und für Montag war er an seiner Arbeitsstelle zurück erwartet worden — aber nicht erschienen. Die Frage, ob Mord oder Selbstmord, scheint also noch nicht geklärt.

D.3. Überlingen, 12. Juli. Die „Badischen Kinderfreunde, Ortsgruppe Mannheim“ haben die Durchführung eines Ferienlageres in der Nähe von Überlingen übernommen. Es kommen etwa 500 Kinder aus den größeren Städten Badens und Württembergs, aber auch aus Frankfurt, Kiel und sogar Innsbruck in Frage. Die Vorbereitungen für das Lager, das in etwa acht Tagen von Frankfurter Kindern bezogen werden soll, sind im Gange.

#### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	13. Juli		12. Juli	
	Geld	Beit	Geld	Beit
Amsterdam 100 G.	168.85	169.19	168.75	169.12
Kopenhagen 100 Kr.	112.12	113.34	112.09	112.31
Italien . . . 100 L.	21.98	22.02	21.965	22.005
London . . . 1 Pf.	20.399	20.439	20.395	20.435
New York . . . 1 D.	4.1980	42.060	41.906	42.015
Paris . . . 100 Fr.	16.405	16.445	16.41	16.45
Schwiz . . . 100 Fr.	80.81	80.97	80.78	80.94
Wien 100 Schilling	59.24	59.36	59.14	59.26
Brag . . . 100 Kr.	12.441	12.461	12.429	12.449

Das Tiefbauamt der Stadt Freiburg im Breisgau sucht zum sofortigen Eintritt einen staatlich geprüften, jüngeren **Baumeister.**

Die Anstellung erfolgt im Angestelltenverhältnis auf Privatdienstvertrag mit den Bezügen der Befoldungsgruppe VII. Spätere planmäßige Anstellung mit den für die Techniker des mittleren gehobenen Dienstes bestehenden Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten ist nicht ausgeschlossen.

Gefuche mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnis, Ausbildungen, und Dienstzeugnissen im Original oder beglaubigten Abschriften, Zeichen- und Schriftproben sind unter Angabe der spätesten Eintrittsmöglichkeit bis zum 27. Juli d. J. bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Die in Aussicht genommenen Bewerber haben sich vor Anstellung beim Gesundheitsamt der Stadt Freiburg ärztlich untersuchen zu lassen.

Freiburg, im Breisgau, den 11. Juli 1928.  
Städtisches Tiefbauamt.

**Die Geschäftsleiterstelle**

an hiesiger Sparkasse ist neu zu besetzen. Befolung nach Gruppe 4 c der Reichsbesoldungsordnung. Verlangt wird vollkommene Vertrauenswürdigkeit und Erfahrung in allen Zweigen des modernen Sparkassen- u. Bankwesens. Außerdem besondere Fähigkeit zum Verkehr mit dem Publikum und zur Kundenwerbung. Geeignete Bewerber, welche diese Vorbedingungen erfüllen können, wollen ihre Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild bis zum 1. August d. J. bei dem Unterzeichneten einreichen.

Wolfach, im Schwarzwald, den 10. Juli 1928.  
Der Vorsitzende der öffentlichen Sparkasse Wolfach: Hämmerle.

An der Heil- und Pflegeanstalt Illenau bei Achern ist die Stelle des

**Musiklehrers**

Befolungsgruppe 3a, alsbald zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der staatlich geprüften badischen Musiklehrer wollen ihre Gefuche mit Lebenslauf und dem Nachweis über die bestandene Prüfung bis zum 1. August d. J. hier einreichen.

Illenau, den 11. Juli 1928.  
Direktion der Heil- und Pflegeanstalt.

**Bezirkssparkasse Triberg.**

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	3 139,25	1. Spareinlagen . . . . .	1 054 736,87
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt . . . . .	40 183,67	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen . . . . .	221 975,96
3. Wertpapiere . . . . .	57 162,22	3. Anlehens- und andere Schulden . . . . .	35 000,—
4. Wechsel . . . . .	38 163,88	4. Ausgaberrückstände . . . . .	1 023,40
5. Darlehen a. Hypotheken . . . . .	548 415,40	5. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung . . . . .	471 095,38	a) gesetzl. Reservefonds . . . . .	46 244,19
7. Darlehen auf Schuldscheine . . . . .	144 097,85	b) Aufwertungsfonds . . . . .	53 546,49
8. Darlehen an Gemeinden . . . . .	54 250,60	6. Reingewinn . . . . .	20 937,14
9. Wohnungsbau-Kredite . . . . .	16 900,—		
10. Betriebskapitalanteil bei Girozentrale . . . . .	38 500,—		
11. Einnahmerückstände . . . . .	21 562,80		
12. Grundstücke u. Gebäude . . . . .	2,—		
13. Gerätschaften . . . . .	1,—		
	<b>1 433 464,05</b>		<b>1 433 464,05</b>

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 1 276 712,83 RM Einlagen . . . . . 102 137,02 RM  
Sie betragen auf Schluß des Jahres 1927 . . . . . 67 181,33 RM  
Somit weniger . . . . . 34 955,69 RM

Triberg, den 10. Juli 1928.  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Reil, Bürgermeister.  
Der Geschäftsleiter: Leibinger.

**Oeffentliche Sparkasse Odenheim.**

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand und Post-scheidguthaben . . . . .	188,85	1. Spareinlagen . . . . .	52 868,47
2. Guthaben bei Girozentrale . . . . .	1 033,—	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen . . . . .	2 442,61
3. Darlehen auf Hypothek . . . . .	1 000,—	3. Anlehenskapitalien bei Girozentrale . . . . .	127 115,42
4. Darlehen a. Schuldschein . . . . .	29 652,99	4. Aufwertungsspareinlagen . . . . .	188 704,13
5. Darlehen im Kontokorrentverkehr . . . . .	158 610,65	5. Rücklagen aus früheren Jahren . . . . .	10 907,18
6. Einnahmerückstand . . . . .	4 526,19	6. Reingewinn vom Jahre 1926 . . . . .	506,59
7. Aufwertungsforderungen . . . . .	151 573,15		
8. Aufwertungsabrechnungskonto . . . . .	35 959,57		
	<b>382 544,40</b>		<b>382 544,40</b>

Odenheim, den 11. Juni 1928.  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Scheuring.  
Der Rechner: Helmig.

**Verwaltungs-Sekretär gesucht.**

Beim Badischen Städteverband in Karlsruhe ist auf 1. Oktober 1928 die Stelle eines Verwaltungssekretärs durch einen in der badischen Gemeindeverwaltung bewanderten, möglichst nicht über 30 Jahre alten, tüchtigen Beamten zu besetzen.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen unter Vorlage von Lebenslauf und Zeugnissen erbeten an die Geschäftsstelle des Badischen Städteverbandes in Karlsruhe, Beierheimer-Allee 16, bis 15. August 1928.

Karlsruhe, den 10. Juli 1928.  
Badischer Städteverband:  
Der Geschäftsführer.

Die Äußerung des Herrn Bürgermeisters Trunf in der Karlsruher Zeitung über den Konflikt zwischen der Gemeinde und Bürgermeister muß ich einen Punkt hinstellen als unzulässige Behauptung hinstellen. Ich besitze ein Häuschen und etwa 50 ar Ackerland und muß dafür die respektable Summe von 89,76 RM Umlage zahlen. Diese Summe hätte genügt, um früher zur Klasse der Höchstbesteuerten zu gehören. Festzustellen, daß ich Umlagezahler bin, wäre dem Herrn Bürgermeister sehr wohl möglich und auch von ihm zu verlangen gewesen.

Auf die weiteren — von mir stark angezweifelt — Erörterungen einzugehen, verzichte ich für heute. Sie werden schon, nachdem der eine Punkt als glatte Unwahrheit widerlegt ist, einer Prüfung auf ihre Stichhaltigkeit entgegensehen müssen.

Balldorf, den 5. Juli 1928.  
Vogel Michael.

Das Wasser- und Straßenbauamt Donauerschlingen vergibt für das Fortamt Willingen die Ausführung einer Brücke in Eisenbeton mit 11,4 m Spannweite über die Briggach bei Station Peterzell auf Grund des Erlasses d. Min. d. Fin. vom 28. 1. 1928 (D. 3911960). Pläne und Bedingungen können beim obigen Bauamt eingesehen werden, wo auch Angebotsvorbrücke erhältlich sind. Angebote sind verschlossen mit dem Vermerk „Brücke über die Briggach“ bis Samstag, den 21. Juli, vormittags 11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung, einzufenden. Zuschlagsfrist 14 Tage.

**Schreibmaschine Orga-Privat**  
monatlich 14 RM  
Generalvertretung:  
A. Ströble, Karlsruhe  
Belchenstraße 40



**Stadt Konzerthaus Sommeroprette**  
Ab Samstag, den 14. Juli 1928:  
**Das Dreimäderlhaus**  
Singpiel in 3 Akten  
Musik nach Franz Schubert  
Musikal. Leitung:  
Kapellmeister Eugen Hoff

**Verkauf:** Musikalienhandl. Fröh Müller, Karlsruhe, Berlesbergstr. 23, RM. Galerie Ritz II 1, 20 RM. Galerie Seite I 2 RM, Galerie Seite II 1,20 RM, im Vorverkauf 0,10 RM mehr.

**R. 411. Einsheim (Eisenj.)**  
Über das Vermögen des Albert Frenkenberger, Geschäftsführers und Kohlenhändlers in Bad Rappenau, wurde heute Nachmittag 1/2 8 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungen eingestellt hat. Der Kaufmann Adolf Vichbi in Einsheim wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. Ipd. Mts. dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem hiesigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 10. August 1928, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 28. Ipd. Mts. Anzeige zu machen. 10. Juli 1928, Amtsgericht.

**Bezirkssparkasse Rheinfelden (Baden)**  
(Öffentliche Verbandssparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	21 684,05	1. Spareinlagen . . . . .	1 150 610,52
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt . . . . .	73 288,11	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen . . . . .	441 645,43
3. Wertpapiere . . . . .	58 512,—	3. Sonstige Einlagen . . . . .	—
4. Wechsel . . . . .	124 446,58	4. Anlehens- und andere Schulden . . . . .	41 500,—
5. Darlehen auf Hypotheken . . . . .	590 686,65	5. Ausgaberrückstände . . . . .	—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private . . . . .	640 290,05	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein . . . . .	56 240,—	a) gesetzl. Reservefonds . . . . .	59 058,59
8. Darlehen an Gemeinden . . . . .	158 455,31	b) Sonderrücklage . . . . .	2 000,—
9. Einnahmerückstände . . . . .	3 272,14	c) Aufwertungsfonds . . . . .	11 734,21
10. Grundstücke und Gebäude . . . . .	15 000,—	7. Reingewinn vom Jahre 1927 . . . . .	35 327,14
11. Gerätschaften . . . . .	1,—		
	<b>1 741 875,89</b>		<b>1 741 875,89</b>

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 1 592 255,95 RM Einlagen . . . . . 127 380,40 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . . . . 94 385,73 RM  
Somit weniger . . . . . 32 994,67 RM

Rheinfelden (Baden), den 20. Juni 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: E. Balz, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Senger.

**Städtische Sparkasse Hornberg**  
(Öffentliche Sparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

A. Vermögen.	RM	B. Schulden.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	8 835,06	1. Guthaben der Einleger:	
2. Guthaben bei Banken, Postsparkasse und Girozentrale . . . . .	71 794,35	a) Spareinlagen . . . . .	715 847,17
3. Wertpapiere:		b) Giroeinlagen . . . . .	161 727,68
a) Neuanlagen . . . . .	45 375,—	c) Aufwertungseinlagen (20%) . . . . .	655 782,53
b) Aufwertung . . . . .	73 437,50	2. Ausgaberrückstände . . . . .	220,70
4. Wechsel . . . . .	19 411,87	3. Rücklagen von früheren Jahren . . . . .	20 802,44
5. Hypothekendarlehen:		4. Reingewinn 1927 . . . . .	7 824,40
a) Neuanlage . . . . .	468 230,—		
b) Aufwertung . . . . .	311 846,35		
6. Darlehen a. Gemeinden:			
a) Neuanlage . . . . .	61 000,—		
b) Aufwertung . . . . .	6 076,—		
7. Darlehen gegen Schuldschein . . . . .	82 897,60		
8. Kontokorrentkredite . . . . .	163 586,72		
9. Sonstige Aufwertungs-darlehen . . . . .	26,56		
10. Aufwertungsabrechnungskonto . . . . .	208 425,92		
11. Einnahmerückstände . . . . .	26 370,59		
12. Immobilien . . . . .	12 000,—		
13. Mobilien . . . . .	2 891,40		
	<b>1 562 204,92</b>		<b>1 562 204,92</b>

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 877 574,85 RM Einlagen . . . . . 43 878,70 RM  
Sie beträgt auf 31. Dezember 1927 . . . . . 28 626,84 RM  
Somit weniger . . . . . 15 251,86 RM

Hornberg, den 20. Juni 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Kälmele, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Mangold, Verw.

**Bezirkssparkasse Engen**  
Öffentliche Verbandssparkasse

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand . . . . .	18 587,28	1. Spareinlagen . . . . .	1 617 567,88
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt . . . . .	78 819,15	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen . . . . .	286 308,59
3. Wechselbestand . . . . .	47 266,72	3. Aufgenommene Kapitalien . . . . .	288 938,07
4. Hypothekendarlehen . . . . .	585 006,19	4. Aufwertungsfonds . . . . .	80 498,70
5. Schuldscheindarlehen . . . . .	300 737,92	5. Ges. Rücklagen früherer Jahre . . . . .	70 996,90
6. Gemeindebndarlehen . . . . .	152 395,00	6. Ausgaberrückstände . . . . .	33,90
7. Grundstückskaufgelber . . . . .	360 577,51	7. Reingewinn . . . . .	35 468,23
8. Kontokorrentfordere-rungen . . . . .	795 740,95		
9. Einnahmerückstände . . . . .	40 676,55		
10. Verwaltungs- und sonstige Gebäude-Grund-stücke . . . . .	4,00		
11. Gerätschaften . . . . .	1,00		
	<b>2 379 812,27</b>		<b>2 379 812,27</b>

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 1 890 876,00 RM . . . . . 94 543,80 RM  
Dieselbe beträgt am Schluß des Jahres 1927 . . . . . 94 543,00 RM

Engen, den 10. Juli 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Behrle.

Der Geschäftsleiter: J. B. Bebel.